

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Bezugspreis:**  
 Vierteljährlich 4.50 RM., monatlich 1.50 RM.,  
 frei ins Haus, vorauszahlbar. Einzelne  
 Nummern 10 Pfennig. Postbezug:  
 monatlich, vom Posthalter abzuholen  
 1.50 RM., vom Briefträger ins Haus ge-  
 bracht 1.64 RM. Unter Kreuzband für  
 Deutschland und Österreich-Ungarn  
 2.— RM., für das übrige Ausland  
 4.50 RM. monatlich. Versand ins Freie  
 bei direkter Bestellung monatlich 1.50 RM.  
 Postbestellungen nehmen an Däne-  
 mark, Holland, Jugendsburg, Schweden  
 und die Schweiz. Eingetragen in die  
 Post-Zeitungs-Verzeichnisse.  
 Erscheint täglich.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.  
 Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90—151 97.

Montag, den 8. Juli 1918.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.  
 Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90—151 97.

# Verhaftungen und Strassenkämpfe in Moskau

## Der Gesandtenmord.

Die Berliner Presse zeigt sich gegenüber der traurigen Tatsache des Moskauer Gesandtenmordes einheitlich gestimmt. Unterschiede treten eigentlich nur in dem Grad des Eifers zutage, mit dem die Annahme hervorgehoben wird, das Attentat sei auf Treibereien der Entente zurückzuführen. Die Möglichkeit, daß die Tat aus der Initiative einheimischer russischer Elemente entsprungen sein könnte, wird nur gelegentlich gestreift. Uebereinstimmung herrscht dagegen in der Auffassung, daß die bolschewistische Regierung weder direkt noch indirekt für den Mord verantwortlich gemacht werden kann, und nirgends tritt das Bestreben hervor, den Moskauer Fall zum Anlaß eines Rache- und Sühnefeldzuges gegen Rußland zu machen. Man scheint allgemein einzusehen, daß durch ein solches Vorgehen eben nur der politische Zweck erreicht werden könnte, den die unbekannten Mörder angestrebt haben mögen.

Daß auf solche Weise eine allerdings sehr nahegelegende politische Erwägung alle primitiven Rachegefühle zurückdrängt, ist erfreulich. Man erinnert sich bei dieser Gelegenheit freilich daran, daß es nicht immer so gewesen ist, weder noch der Ermordung des Freiherrn v. Stettiner in China im Jahre 1900 noch nach dem Attentat von Sarajewo. Vielleicht wäre damals, ganz besonders im zweiten Fall, eine ruhigere Ueberlegung gleichfalls am Platze gewesen. Aber da sich dies heute nicht mehr ändern läßt, bleibt einem doch die Bemerkung, daß wenigstens jetzt kein Mensch in Deutschland Lust zeigt, blindlings in einen neuen Ostkrieg hineinzutappen.

In verschiedenen Blättern kommt ein begriffliches Erstaunen darüber zum Ausdruck, daß den Mörder die Befehle der Tat sowie das Entkommen so leicht geworden ist. Gesandte pflegen unbekannte Leute sonst nicht ohne weiteres zu empfangen, noch dem Empfang standen aber immerhin drei Mann gegen zwei, das Personal, das sich in den Nebenräumen befunden haben muß, nicht mitgerechnet. Auch dies ist ein Punkt des geheimnisvollen Falles, der der Aufklärung bedarf.

## Die Linkssozialrevolutionäre der Tat beschuldigt. — Straßenkämpfe in Moskau.

Moskau, 7. Juli, vormittags. Ueber die Ermordung des Grafen Mirbach erfahren wir noch folgendes Nähere:

Am frühen Morgen der beiden Mörder auf Grund eines Ausweises, den sie sich zu verschaffen gewußt hatten, als Besatzung der Kommission zum Kampf gegen die Gegenrevolution melden und brachten den Prozeß eines ungarischen Offiziers Grafen Robert Mirbach zur Sprache. Es ist dies ein dem ermordeten Gesandten persönlich unbekanntes Mitglied eines entfernten ungarischen Zweiges der Familie. Sie hatten sogar die Akten des Prozesses bei sich.

Erst nach einiger Zeit zogen beide die Revolver und schossen auf den Grafen wie auf den Legationsrat Kiezler und den Leutnant Müller. Sofort nach Abgabe der Schüsse sprangen sie aus dem Fenster des zu ebener Erde liegenden Zimmers und warfen im Sprunge noch Handgranaten nach dem bereits verwundeten Gesandten. Andere Mitglieder der Gesandtschaft wurden nicht verletzt. Die Verbrecher entkamen in einem bereitstehenden Automobil, auf welches die überraschte Wache vergeblich feuerte. Nachdem Tschitscherin und Karahan gleich auf die Nachricht von dem Mord auf der Gesandtschaft ihr tiefstes Bedauern über das Verbrechen, das sich nicht so sehr gegen Deutschland als gegen die Bolschewiki richtete, ausgesprochen hatten, sprachen zwei Stunden später Lenin und Swerdlow, der Präsident des Zentralkomitees, vor. Sie gaben die gleiche Erklärung ab und versicherten, daß für die Bestrafung der Verbrecher alles nur menschenmögliche getan werden würde.

Es ist seither festzustellen worden, daß die Mörder sich in das Quartier einer Gruppe der

### Linken Sozialrevolutionäre

geflüchtet haben. Das Haus ist von Truppen umstellt worden. Die Führer der Linken Sozialrevolutionäre Kamkow, Karin und Spiridonowa haben sich bisher im Großen Theater, wo alle Mitglieder des Sowjetkongresses versammelt sind, nicht eingefunden.

Es ist so gut wie sicher, daß der Mord das Signal zu einem Putsch gegen die Herrschaft der Bolschewiki sein sollte. An dieser gegenrevolutionären Bewegung scheint ein Teil der Linken Sozialrevolutionäre zusammen mit den Rechten Sozialrevolutionären, Sawinkow und seine Ententegegner beteiligt zu sein. Sawinkow selbst ist Leiter der Ententebestrebungen in Moskau und hat Verbindungen mit den Tscheko-Slowaken und den Menschewiki. Er war früher Kriegsminister unter Kerenski, und die vor ungefähr vier Wochen in Moskau erfolgte Verhaftung einer erheblichen Anzahl seiner Anhänger und Agenten hat offenbar seine Organisation noch nicht genügend geschwächt. Da Mi-

## Feindliche Angriffe westlich von Chateau-Thierry und am Silesenfirch — Das Piavedelta aufgegeben — Französisch-italienischer Angriff in Albanien..

Berlin, 7. Juli 1918, abends. Amtlich.  
 Von den Kampfzonen nichts Neues.  
 Amtlich. Großes Hauptquartier, 7. Juli 1918. (W. Z. B.)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

In den Kampfzonen zwischen Oise und Marne zeitweilig auflebende Gefechtsintensität.

Westlich von Chateau-Thierry griffen Franzosen und Amerikaner trotz ihrer wiederholten Misserfolge erneut unter Einsatz stärkerer Kräfte an. Die Angriffe sind gescheitert. Große Kämpfe dauerten bis in die Nacht hinein an. Die Verluste des Feindes sind nach Truppenmeldungen wiederum schwer.

In den oberen Vogesen wurden feindliche Vorstöße am Silesenfirch abgewiesen.

Leutnant Kroll errang seinen 30., Leutnant Koenneke seinen 21. Luftsieg.

Der Erste Generalquartiermeister, Lubendorf.

### Der österreichische Bericht.

Wien, 7. Juli. Amtlich wird verlautbart:  
 Da sich das Piavedelta ohne schwerere Opfer nicht hätte behaupten lassen, nahmen wir unsere dort eingesehten Truppen in die Dammstellung am Ostufer des Hauptarmes zurück. Die Bewegung vollzog sich in der Nacht vom 5. auf den 6. Juli. Der Feind schaltete gestern mittag bis an den Fluß nach.

Ostlich des Monte Pertica schlug das wädrere Otcacer Infanterie-Regiment Nr. 79 starke italienische Angriffe in blutigen Kämpfen zurück.

In Albanien griffen zwischen dem Devoll und dem Osum Franzosen und Italiener unsere Gebirgsstellungen an. Im Verlaufe der Kämpfe gelang es dem Feinde, an zwei Stellen Vorteile zu erringen, die ihm aber durch Gegenstoß wieder entzogen wurden. Der Chef des Generalstabes.

glieder der Partei der Linksrevolutionäre auch der Kommission zur Bekämpfung der Gegenrevolution angehören, dürften zwei von diesen als Mörder in Frage kommen. Die

### hauptsächliche Verantwortung

für die schändliche Tat tragen aber Sawinkow — der sich zurzeit versteckt hält — und seine Gehebe.

Die kaiserliche Regierung hat ihre Erwartung einer nachdrücklichen Verfolgung und Bestrafung der Verbrecher und ihrer Hintermänner der Sowjetregierung auf das Bestimmteste zum Ausdruck gebracht.

Moskau, 7. Juli, nachmittags. Die Linken Sozialrevolutionäre haben sich zum Mord des kaiserlichen Gesandten bekannt. Ihre im Theater eingeschlossenen Vertreter sind verhaftet. In der Stadt sind Kämpfe der Gegenrevolutionäre gegen die Bolschewiki an verschiedenen Stellen entbrannt, die bisher zugunsten der Bolschewiki zu verlaufen scheinen. Alle Mitglieder der Gesandtschaft und sonstige Vertreter deutscher Behörden sind unverfehrt.

Paris, 7. Juli. (Sabotmeldung.) Alle Blätter besprechen die Ermordung des Grafen Mirbach und sind einstimmig der Meinung, daß das Ereignis Bewirkungen herbeizuführen geeignet ist, deren Bedeutung niemand voraussehen kann. „Journal“ sagt: Es ist der erste Ausbruch der russischen Rache gegen deutsche Tyrannei. „Petit Journal“ fragt sich, ob dies eine neue Phase in den Schwierigkeiten Deutschlands im Osten ist. In dem Spannungszustand, der zwischen Rußland und Deutschland besteht, sagt „Figaro“, kann dieser Mord die inoffiziellsten Bewirkungen herbeizuführen. „Humanité“ meint, es handele sich nicht um einen gewöhnlichen Mord, sondern um einen Akt der Empörung des zur Verweissung getriebenen russischen Patriotismus. „Matin“ sagt: Der Mord zeigt, daß es in Rußland noch Männer gibt, die um die Würde ihres Landes besorgt und von Vaterlandsliebe erfüllt sind. „Echo de Paris“ glaubt, daß das Verschwinden des Grafen Mirbach einen schweren Schlag für die deutschen Pläne bedeutet. Für „Petit Parisien“ ist es wahrscheinlich die patriotische Entrüstung, verursacht durch den nahenden deutschen Einfall, die die Ermordung des Grafen Mirbach veranlaßt hat.

## Die Erdrosselungsverordnung gegen die irischen Radikalen.

Daß die Verordnung gegen die radikalen irischen Organisationen auf Vergeivaltigung mit eiserner Faust ausgeht, liegt auf der Hand. Die Männer dieser Partei befürchten auch den schlimmsten Eindruck, suchen die Verantwortung dem Parlament aufzuhalsen und lassen die Presse mit Verschleierungen der brutalen Aktion arbeiten. Wie „Nieuwe Rotterdamse Courant“ aus London meldet, schreibt der Parlamentskorrespondent der „Daily News“:

Die Proklamation des Feldmarschalls French, die kraft des Ausnahmegesetzes vom Jahre 1887 ausgefertigt wurde, wird 14 Tage lang im Unterhause zur Einsicht ausliegen. Während dieser Zeit kann der Antrag eingebracht werden, die Durchführung der Verordnung aufzuschieben. King und andere radikale Abgeordnete haben die Absicht, einen derartigen Antrag einzubringen, werden aber vermutlich erst abwarten, bis die irischen nationalistischen Abgeordneten nächste Woche nach Westminster zurückkehren und selbst die Initiative zu einem solchen Antrag ergreifen werden.

Der Dubliner Korrespondent der „Daily News“ telegraphiert, daß French und Short an die Sinn-Fein-Partei, die Gaelic League und die anderen Vereinigungen keine Kriegserklärung gerichtet, sondern sie nur gewarnt haben. Nicht die Vereinigungen werden für ungeschicklich erklärt, sondern die Zweige dieser Vereinigungen, die in einigen Teilen Irlands Personen zum Begehen von Verbrechen ermutigen und ihnen dabei helfen und deshalb gefährlich sind. Die Sinn-Fein-Partei kann ihre normale politische Tätigkeit fortsetzen, kann aber durch irische Verordnungen jeden Augenblick ganz oder teilweise unterdrückt werden. Ein derartiger Beschluß kann auf Abteilungen von Vereinigungen in bestimmten Bezirken angewendet werden, ohne daß dadurch die Tätigkeit anderer Abteilungen in allen Bezirken behindert wird. Als offizieller Grund für die Maßregel wird die Zunahme von Vorkatzenbewegungen, terroristischen Handlungen und Gewalttaten zum Zweck der politischen Propaganda angegeben. Es verlautet, daß die Sinn-Fein, um die ganze Bevölkerung unter ihren Einfluß zu bekommen, über Bayern Todesurteile verhängt, sie wegstreift und Ländereien umpflügt.

Der Dubliner Korrespondent des „Manchester Guardian“ schreibt, daß die für gefährlich erklärten Vereinigungen vermutlich fast die Hälfte von Irland vertreten. Er hält angesichts der großen Nachbefugnisse, die die Regierung nach den gewöhnlichen Gesetzen und dem Reichsverteidigungsgesetz ohnehin besitzt, die Ausnahme-mahregel für überflüssig. Die Iren sind darüber erbittert, daß das Gesetz jetzt in voller Strenge angewandt wird, da die Regierung im Jahre 1906 versprochen hat, daß sie es nur im äußersten Notfall anwenden würde.

Die Regierung hat allerdings deutlich genug zu erkennen gegeben, daß dieser Grad der Härte jetzt erreicht sei, und hätte sie den Buchstaben des Gesetzes nicht schon in der Hand, so würde sie ihn sich jetzt schon zu schaffen wissen. Alle Volksrechte und Volksfreiheiten sind in Kriegszeiten immer aufs äußerste gefährdet.

## Der Rückschlag an der unteren Piave.

Italienischer Heeresbericht vom 6. Juli. An der unteren Piave war unser Druck fortdauernd stark und hartnäckig. Während des gestrigen Tages gewannen wir trotz des durch den Feind Schritt für Schritt geleisteten zähen Widerstandes weiter Boden und erreichten von neuem das rechte Ufer der Neuen Piave in der Höhe von Grisolera. Des Weiteren fielen 400 Gefangene, darunter 8 Offiziere, in unsere Hand. Ein harter vom Feind verübter Gegenangriff mehr nördlich in der Richtung von Chiesa Nuova wurde nach lebhaftem Kampf abgewiesen. Wiederholte heftige Angriffe gegen unsere Stellungen am Portes di Salton (nordöstlich des Grappa) und verfrucht Patrouillenangriffe auf den Cornone (Sasso Rosso) scheiterten. Unsere Luftstreitkräfte waren sehr lebhaft tätig und bewarfen feindliche Truppen und wichtige Punkte. An der unteren Piave wurden wieder zwei feindliche Flugzeuge abgeschossen.

Am 6. Juli nachmittags ist der Gegner nach fünf Tagen ununterbrochenen Kampfes, der durch feindliche Hinterhülle und Gasabweisungsarbeiten noch verschärft war, vollständig auf das linke Ufer der Piave zurückgeworfen worden, welches der Feind seit Ende November besetzt und mit allen seinen Kräften gehalten hatte. So haben wir unseren Sieg in der ersten großen Schlacht unseres offensiven Gegenstoßes glänzend gekrönt und den Schlachtfeld um Venedig verbreitert. Wir machten seit dem 16. Juni im ganzen 523 Offiziere und 23 911 Mann zu Gefangenen und erbeuteten 63 Kanonen, 65 Mörser, 1294 Maschinengewehre, 37 105 Gewehre, 49 Flammenwerfer, 2 unbeschädigte Flugzeuge, 5 Millionen Infanteriepatronen, mehrere tausend Granaten jeder Größe, eine große Menge Pionierwerkzeuge, Telephongerät, Brücken und Ausrichtungsgewehre. Wir fanden außerdem vollständige Geschütze mit allem Zubehör, Kriegsgesundheits- und Waffen wieder auf, die sich im Gebiet unserer vordersten Stellungen befunden hatten und im ersten Teil des Kampfes hatten aufgegeben werden müssen.



# Polens künftige Verfassung.

## Zweikammerystem und gleiches Wahlrecht.

Warschau, 6. Juli. Den Staatsratsmitgliedern gingen allgemeine Notizen zu den Regierungsvorlagen betreffend den ersten polnischen Landtag und die Wahlordnung zu.

Danach steht die Regierung entschieden auf dem Standpunkte des Zweikammerystems, welches in fast allen konstitutionellen Staaten erprobt ist. Zwecks Herbeiführung einer Harmonie zwischen beiden Kammern und künstlicher Wahrung des demokratischen Prinzips sah die Regierung die Zusammensetzung des Oberhauses nicht aus erblichen oder auf Lebenszeit berufenen Mitgliedern und Ernennungen nur für die Hälfte des Senates vor. Auch hier beschränkt sie sich auf die Ernennung von Kandidaten, welche von Körperschaften oder Verbänden gewählt werden. Die andere Hälfte des Senats geht aus direkten Wahlen hervor. Der eigentliche Zweck des Oberhauses ist, Sachleuten und genauen Kennern bei Fragen, welche der Landtag zu erwägen oder zu entscheiden haben wird, Einfluß auf die Landesgesetzgebung zu sichern, während das Unterhaus die allgemeine politische Meinung des Landes und die Gesamtheit seiner nationalen Interessen zum Ausdruck bringen soll. Was die Wahlordnung anbelangt, so ist sie nach Ansicht der Regierung gänzlich demokratisch, der Grundgedanke der allgemeinen, gleichen, unmittelbaren und geheimen Wahl sowie der Grundgedanke verhältnismäßiger Vertretung liegt ihr zugrunde.

## Kein Wechsel in den österreichischen Kommandostellen.

Wien, 7. Juli. Die Blätter berichten die aus Paris und Rom verbreitete Nachricht, daß in den hohen Kommandostellen der österreichisch-ungarischen Armee ein Wechsel vollzogen worden sei, als gänzlich unbegründet. Die Meldung werde offenbar von den Entenstellen im Interesse einer bestimmten Stimmungsmache in die Welt gesetzt.

## Die Gegenrevolution in Rußland.

### Der Aufstand im Wolgagebiet.

Moskau, 7. Juli. Meldung der Petersburger Telegraphenagentur. Die Tschecho-Slowaken haben die Stadt Sibirsk besetzt. (Sibirsk liegt an der Wolga, westlich Samara) und gehen in großer Anzahl zusammen mit Wehrer Garde in der Richtung auf Kuznetsk und Penza vor. Die Nachricht von der Besetzung von Penza durch die Tschecho-Slowaken bestätigt sich nicht. In der Gegend der Station Ufa haben die Sowjetabteilungen mehrere Dörfer besetzt und bringen weiter vor. Zwischen dem Tagiltsch und der Fabrik Homowost hat sich ein Kampf zwischen Wehrer Garde und Sowjetstreitkräften entsponnen. Die Schlacht dauerte bereits mehrere Tage. Auf Seite der Wehrer Garde nehmen 800 Mann mit 4 Panzerautomobilen und einem Panzerzug teil. Auf der Wehrerfront haben die Sowjetstreitkräfte die Tschecho-Slowaken geschlagen und Kahlis, 126 Werst von Jekaterinburg und 100 Werst von Tscheljabinsk besetzt. Dieser Erfolg verleiht dem Sowjetkommando die Herrschaft über die größere Hälfte der Eisenbahn Jekaterinburg-Tscheljabinsk.

### Hefige Kämpfe in Wladiwostok.

Amherst, 7. Juli. Aus Wladiwostok wird laut Telunion gemeldet: Der Befehlshaber der Tschecho-Slowaken hat dem Lokalen Kommando ein Ultimatum überreicht, in dem die Entwaffnung der Bolschewiki in Wladiwostok wegen ihres Widerstandes gegen den Durchbruch der Tschecho-Slowaken von West-Sibirien nach Wladiwostok verlangt wird. Es wurde eine halbe Stunde Bedenkzeit gegeben und als der Befehlshaber bis dahin keine Antwort erhalten hatte, ging er zur gewaltsamen Entwaffnung über, wobei fast kein Widerstand geleistet wurde. Nur um ein Gebäude am Bahnhofs wurde heftig gekämpft, das jedoch von den Tschecho-Slowaken ebenfalls eingenommen wurde. Viele Bolschewiken wurden gefangen genommen oder getötet. Die frühere Lebensmittelverwaltung wurde wiederhergestellt.

Die aus der gestern mitgeteilten Nachricht der „Times“ hervorgehend, haben die Tschecho-Slowaken in Wladiwostok unter Führung von Dietrich, und dieser ist ein junger russischer General, der während der ersten großen zaristischen Offensive im Ostlichen seine Befähigung in hervorragendem Maße erwiesen hat.

Von der „Times“ wird weiter gemeldet: Die Gegner der Bolschewiki streuten nach Wladiwostok, wo auch die Mitglieder des ehemaligen Kerenski-Kabinetts eingetroffen sind. Die Japaner haben zur Unterstützung der unterworfenen Stämme in Mittelsibirien eine Intervention unternommen.

## Petersburger Straßenschilder.

Aus Stockholm wird uns geschrieben:

Einem Privatbrief entnimmt „Nya Dagligt Allehanda“ lebendige Schilderungen des dortigen Tageslebens. Sie sind recht pessimistisch. Zwar kann man von persönlicher Unhöflichkeit nicht sprechen. Der Briefschreiber sagt darüber: „Aufrecht gesagt, war ich bisher keiner persönlichen Gefahr ausgesetzt. Wohl wird man oft von Rotgardisten aufgegriffen, aber ich bin immer losgelassen worden, so bald ich meinen Paß gezeigt hatte.“ Ohne Paß ist es indes nicht ratsam, auszugehen, denn dann wandert man in den Arrest, wo man mit der Kanjeplage der Gefahr des Bleibens und anderen Unannehmlichkeiten ausgesetzt ist. „Im übrigen ist bei Tag und Nacht alles ruhig und friedlich. Auch für die, die der Rotgardisten angehören. Die „Lodariade“ sind merkwürdig höflich. Gaben sie jemand angehalten und den Paß eingesehen, bitten sie um Entschuldigung für die Belästigung und steht man ihnen im Weg, bitten sie, daß man so liebenswürdig sei, fortzugehen usw. (Hier sei bemerkt, daß das in Stockholm in französischer Sprache erscheinende Organ der rechtssozialistischen Gruppen „Echo aus Rußland“ in einem Heft des Stockholmer Korrespondenten des „Vorwärts“ auf eine ganz ähnliche Bezeichnung eines neutralen Sozialisten über das Aussehen des Roubinowitsch in Petersburg den Anlaß zu einer lässlich aufgetragenen Polemik gefunden hat. Als ob das Interesse der Demokratie verlangte, alle die Schauergerichten zu unterwerfen, die die sozialistischen und die bürgerlichen Gegner der Bolschewiki in Rußland dem so genügend langen Ständeregister der Bolschewiki anhängen.) Dagegen ist das Verhalten der Rotgardisten gegen wirkliche Verbrecher weniger formell. Es hat sich eine wackere Jugend zusammengeschlossen, mit all ihrer furchtbaren Strenge, aber auch mit all ihrer Gutmütigkeit und blinden Treue. Der Briefschreiber hat mehreren solchen Exekutionen beigewohnt. Das einmal sah er einen Mann im Kanalwasser, der in Angst brüllte, während ein Soldat auf der Brücke stand und auf ihn schob. Allerdings traf keiner der fünf Schüsse und der Mann ertrank einfach. Es handelte sich in diesem Fall um einen von drei Dieben, die in einer Wohnung ertragt worden waren. Zwei hatten entweichen können, der dritte wurde vor zusammengesunkenem Kopf in den Kanal geworfen, wobei der erwähnte Soldat „amtschändend“ einritt. Am Tag darauf waren es zwei Diebe, die in einem Laden ergriffen worden waren. Auch sie wurden in den Kanal geworfen und wieder war ein dienstwilliger Soldat da. Er erschlug den einen, der andere floh um sein Leben und bot sich

an, den Aufenthalt anderer Diebe zu verraten. Darauf wurde er mit einem Revolver herausgezogen. Was weiter geschah, weiß der Briefschreiber nicht.

Nicht besser als den Dieben geht es Lebensmittelmachern. Der Briefschreiber sah einen Mann, der Kanfekt um zwei Rubel für das Stück verkauft hatte, gleichfalls in den Kanal werfen. — Daß bei diesem Verfahren auch Unschuldige das Opfer der Volkswut werden, ist unvermeidlich. Der Briefschreiber erzählt darüber noch Zeugnisberichten einen Fall, wo eine alte Frau in der Straßenbahn ihr Geldtäschchen verlor und der Verdacht sich auf einen der Fahrgäste konzentrierte, der denn auch sofort von Soldaten erschossen wurde. Eine Stunde später fand die Frau das Geldtäschchen. Sie hatte die Anfertigung, das den Mitfahrenden zu belernen. Das Ende war, daß ein Soldat die Frau abführte.

Besonders drastisch schildert der Briefschreiber die vollständige Unfähigkeit zur Organisation, die sich bei der neuen roten Armee und bei der Feuerwehr zeigt. Bei dieser mangelt die Autorität ebenso wie die Pflege des Materials und die Vorkarben bieten das Bild einer traurigen Ratlosigkeit und Unfähigkeit. Die acht Bataillone der neuen Armee, die sich in Petersburg befinden, ermangeln jeder militärischen Disziplin. Immerhin sind einige Offiziere aus der alten Armee in sie eingetreten — um der Verbe willen. Im übrigen geht es den früheren Offizieren so schlecht wie nur denkbar. Viele bringen sich als Heilungsvorläufer fort. Auch Frauen aus der Bourgeoisie handeln mit Kanfekt und Papierläusen auf den Straßen. Viele vornehm wohlhabende Leute verkaufen ihre Einrichtung, nur Geld für Nahrung zu haben. Anderen freilich ist es gelungen, Bargeld zu verschaffen. Die Banken dürfen nur 500 Rubel im Monat ausleihen. Das reicht aber kaum für eine Woche. Die Proviantszufuhren sind gering und werden immer von den Behörden für die „Soldaten und Arbeiter“ requiriert. Das merkte, daß in den Läden zu finden ist, wird von Arbeitlosen, die sich in der Stadt einstellen, zu Wucherpreisen weiterverkauft. So wird die Stimmung im Volk immer verzweifelter. Die ganze Volkswirtschaft ist in Todesangenen. Der Bauer hat nicht, die Fabriken liegen still, nur die Geldpresse arbeitet rastlos. Und die Spekulation, der Wucher häufen wie nie zuvor.

So lautet diese Schilderung, der allerdings weniger verzweifelte, die von empfindlichen Verlesern eines wirtschaftlichen Neuaufbaus sprachen, gegenüberstellen. Stillschweigend haben die einen wie die anderen recht. Rußland ist so groß. Aber es ist wenig wahrscheinlich, daß für die Reform noch genügend Zeit und Kräfte vorhanden sind. Die Aufgabe ist ungeheuer und allzu zahlreich sind die Elemente, die sich verschoren haben, sie zu bewältigen.

## Die Vergeltungen in Rumänien.

Bukarest, 6. Juli. Auf Antrag des Deputierten Kossaki wurde eine Kommissionsmission ernannt, um die Lage der Deputierten zu prüfen, die beschuldigt werden, daß sie ihrer militärischen Pflicht nicht nachgekommen seien, oder die wegen entsprechender Handlungen gerichtlich belangt sind. Der Bericht über das Militärverhältnis der Abgeordneten wird innerhalb zwanzig Tagen hinterlegt werden.

„Gazeta Bucurestilor“ meldet: Gelegentlich der Senatsdebatte über die Ratifizierung des Friedensprotestanten Senator Dr. Gerota gegen die für den Krieg Verantwortlichen und sagte: Wir müssen auch gegen König Ferdinand protestieren, der das Treiben und die Intrigen Pratius nicht hätte dulden dürfen. Wäre er energischer gewesen, wäre es nicht zum Krieg gekommen. Gerota erklärte, daß er nicht antidynastisch sei, er hoffe aber, daß der Dynastie das Geschehene als Lehre für die Zukunft diene.

Ministerpräsident Marghiloman erwiderte, daß der König verfassungsgemäß nicht regiert, sondern herrscht und für das von der ganzen liberalen Partei und einem Teil der konservativen Partei angestrebte Werk nicht verantwortlich gemacht werden könne. Marghiloman machte niemals die Opferung der Dynastie verlanget hätten.

## Drohender Generalstreik der Eisenbahner in Kanada.

Montreal, 6. Juli. (Meuter.) Zwischen der Gewerkschaft der Eisenbahner und den Direktoren der kanadischen Eisenbahnen sind Verhandlungen eröffnet worden, um einem allgemeinen Eisenbahnerstreik zuvorzukommen. Man erwartet, daß die Eisenbahngesellschaften sämtlich eine mäßige Lohnerhöhung vorschlagen werden.

Krawalle in Lissabon. Wie der „Tempo“ aus Madrid meldet, macht eine offizielle portugiesische Mitteilung bekannt, daß in Lissabon auf einer Versammlung des Professes Coimbra ein Krawall zwischen Anhängern und Gegnern der Regierung entstand. Eine Person wurde getötet, mehrere verwundet. 243 Manifestanten wurden verhaftet, einige Waffen wurden beschlagnahmt.

## Ein Vorspiel zu den Herrenhausdebatten.

### Bericht der Finanzkommission.

Das preussische Herrenhaus wird am Dienstag mit der Beratung des Etats beginnen. Daß die Herren dabei wiederum Gelegenheiten nehmen werden, ihren rücksichtslosen Anschonungen Ausdruck zu verleihen, unterliegt keinem Zweifel. Haben sie doch bereits in der Finanzkommission, wie ein Bild in den soeben erschienenen Bericht dieser Kommission über die Staatsberührung zeigt, ihrem bedrückten Herzen Luft gemacht und weidlich über die heutige Zwangswirtschaft und über vieles andere, was die Reichsregierung und der Reichstag beschlossen haben, geschimpft. Interessant ist es zu hören, daß der Hauptberichterstatler, Graf von Seiditz-Sandreski, u. a. auch einen Vorstoß gegen den Staatssekretär v. Bülowmann unternommen hat, von dem er verlangte, daß er mit Rücksicht auf die belannten Preßangriffe demissionieren solle. Ueber den Bericht mit der Ukraine

sagte derselbe Herr, der Bericht, der als Brotkrumen bezeichnet wird, stelle sich als Wucherfrieden heraus, er bedauerte es ferner, daß für rumänischen Weizen das Doppelte bezahlt werden müsse wie für heimischen und erklärte rund heraus, Schuld daran sei die Regierung, die aus Sorge, den Horn der Reichstagsbeschlüsse zu erzeugen, nicht die Energie des Siegers gefunden habe, auf deutsch: Man hätte den Rumänen keinen so billigen Frieden gewähren sollen.

Inbesondere hat sich der Minister des Innern den Horn eines Teils der Mitglieder des Finanzausschusses zugezogen, einmal wegen der Einbringung der Wahlrechtsvorlage und zweitens wegen seines bekannten Beamtenverlasses. Bezüglich des Wahlrechts wurde erklärt, daß der König in dem Zustande nichts anderes versprochen habe, als die Ausarbeitung und Einbringung einer Vorlage auf Grund des gleichen Wahlrechts. Von der Einführung des gleichen Wahlrechts sei darin nicht die Rede. In dem gleichen Wahlrecht sei eine Gefahr für die Monarchie zu erblicken. Es seien nicht gerade die schlechtesten Elemente, die die Einführung des gleichen Wahlrechts für ein Unglück und eine Gefährdung der Monarchie ansehen. Daß sie damit nicht Unrecht haben, bewiesen die letzten Verhandlungen des Reichstages, wo gesagt worden sei, daß die Hohenzollerndynastie ebenso wie in Rumänien in Preußen beseitigt werden könnte. Und im Abgeordnetenhaus sei sogar gesagt worden, das allgemeine gleiche Wahlrecht solle zur Beseitigung der Oberherrschaft Preußens in Deutschland benutzt werden. Mit Recht erwiderte der Minister des Innern, daß es die Absicht des Erlasses vom Juli vorigen Jahres sei, nicht bloß eine Wahlrechtsvorlage einzubringen, sondern mit allem Ernst und allen Mitteln, die der Regierung zur Verfügung ständen, die Vorlage zu vertreten. Es sei nicht eine Vorlage über einen beliebigen Gegenstand, die angenommen oder abgelehnt werden könne. Das würde nicht dem Ernst der Situation entsprechen. Wenn es sich lediglich darum gehandelt hätte, wäre nicht ein allerhöchster Erlaß ergangen. Diese Ueberzeugung sei tief befestigt, und weil der Erlaß so ausgefaßt worden sei, habe er die Wirkung gehabt, die von ihm erwartet worden sei. Ob der Landtag das Gesetz wolle, sei etwas, was nicht im Sinne der Regierung und des Königs stehe. Wohl aber stehe es im Willen der Regierung, daß sie alle Maßnahmen treffe, um die Vorlage durchzuführen.

Bedenkt man weiter, daß auch Schwere Beschäftigung aufgezogen wurde gegen Herrn Dr. Friedberg, dem man es sehr beargwöhnt, daß er nach seiner Ernennung zum Vizepräsidenten des Staatsministeriums noch die Führung der Nationalliberalen beibehalten hat, und daß mit allen Mitteln Stimmung gemacht wurde für die Vaterlandspartei, so kann man sich nach diesem Beispiel ungefähr denken in welchem Geiste sich die Staatsdebatte im Plenum abspielen werden.

## Entschädigung für Feierschichten infolge Kohlenmangels.

### Reichszuschuß und Unternehmerpflichten.

Offiziös wird gemeldet: Durch Bundesratsbeschluss vom 4. Juli 1918 ist die Gültigkeit der Bestimmungen des Bundesrats vom 31. Januar 1918 über die Bereitstellung von Reichsmitteln für die Entschädigung der infolge Kohlenmangels feiernden Arbeiter und Arbeiterinnen kriegswichtiger Betriebe der Nahrungs- und Ernährungsindustrie bis zum 30. September 1918 verlängert worden. Das Reich beteiligt sich sowohl auch weiterhin an der Entschädigung, die Arbeitern und Arbeiterinnen kriegswichtiger Betriebe der Nahrungs- und Ernährungsindustrie gewährt werden, wenn sie in der Zeit bis zum 30. September 1918 infolge unmittelbaren und mittelbaren Kohlenmangels zu feiern gezwungen sind.

Zu der Frage, ob eine Reichspflicht der Unternehmer zur Zahlung von Entschädigungen in den fraglichen Fällen besteht, hat der Bundesrat auch neuerdings nicht Stellung genommen. Die mehrfach in der Öffentlichkeit vertretene Auffassung, daß der Bundesrat eine grundsätzlich bindende Entscheidung über die Verpflichtung der Arbeitgeber habe treffen wollen, ist nicht zutreffend. Von einer zwingenden gesetzlichen Vorschrift konnte abgesehen werden, da bei den Verhandlungen, die dem Erlaß der Bestimmungen vorausgegangen sind, Arbeitgeber und Arbeitnehmer zugesagt haben, ihren ganzen Einfluß für die Durchführung der Bestimmungen einzusetzen zu wollen. Es darf somit erwartet werden, daß auch ohne besonderen gesetzlichen Zwang die Arbeitgeber die in der Bundesratsverordnung vorgesehene Entschädigung für Feierschichten infolge Kohlenmangels zahlen, und der Zweck der Verordnung, die volle Arbeitsbereitschaft der kriegswichtigen Betriebe zu wahren, erreicht wird.

## Der schwarze Baal.

Paul Jech Kobellenbuch „Der schwarze Baal“, unläßt im Verlag der Weichen Bücher erschienen, ist nicht so stark, wie es sein möchte, sein mühte. Das hinter den Kobellen, den Lebensabrisse, den herausgehobenen Neben einer unheimlichen furchtbaren Wirklichkeit als schreckliche Vision steht, ist künstlerisch nicht bezwingend. Der Gestalter ist dem Tatsächlichen des Vorgestellten gegenüber unmächtig. Er gibt weder ein realistisches Abbild der Höllewelt, die er meint, noch eine Expression. Aber ohne starke eigene Vorstellung von der hier betretenen Welt wallonischer Kohlenbergwerke, dem Revier der schwarzen Erde und des wilden Wintes, zu diesem Buche kommt, wird nur undeutliche Schatten vor nebelhaften Hintergrund sehen. Es ist ein Buch fast ohne Bild; Bildlosigkeit aber hebt die Plastik auf und läßt die Kontur. Im Schlagschatten des vernichtenden Prinzips, das in Baal Körper und Symbol findet, verkümmert gültiges Menschentum wie Baum und Blume um die Schutzabende der Joden. Darum mühte das schicksalhaft Unerbittliche eisen gestaltet sein. Es mühte dastehen, hingelagert wie ein riesiger aufragender Berg, der Unentrinnbarkeit bedeutet. Statt dessen zersplittert alles in Miniaturschicksalen, unwirker von Sentimentalität. Kinderlieblichkeit und rührende Einfalt kontrastiert die dämonische Atmosphäre, in der Aufruhr schwallt und ausbrechen möchte. Die naturnotwendige Bestialität der hier umeinanderkämpfenden, zusammenstrebenden Existenzen wird nicht machtvoll lebendig als Element ihres Daseins. Jech gibt nur Verschwommenheiten und keine Darstellung hat wenig suggestive Kraft. Seinen Kobellen fehlt die epische Kürze, hat das Gefühl für die Architektur der Erzählung. Das Versteht in ihm ist so stark, daß es hier, wo strenge Gebundenheit notwendig, zersetzend und auflösend wirkt. Dadurch entsteht der Eindruck des Fragmentarischen. Sein Ausdruck ist oft krampfhaft und die Absicht zu neuem Wortschöpfen als das Vermögen zutreffender Prägnanz. Mit dem neuen Buche wird überzeugend bewiesen, daß es bisher nur einen Lyriker Paul Jech gibt. Es hat seine Bedeutung als Beleg eines sozialen Eros.

## Notizen.

— Treptam Sternwart. Ueber klassische Wanderungen an den Gestirnen des westlichen Mittelmeeres spricht am 10. Juli, abends 8 Uhr, Prof. Rentsch im großen Hörsaal unter Vorführung zahlreicher farbiger Lichtbilder.



# Sozialdemokratischer Bezirkstag für Groß-Berlin.

# Groß-Berlin Straßenbahn und Publikum.

Die Bezirksorganisation Groß-Berlin der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hielt am Sonntag ihren Bezirkstag im großen Saale des Gewerkschaftshauses ab. Die Tagung war besucht von 115 Teilnehmern: 74 Delegierten und 41 Funktionären.

Der Vorsitzende, Genosse Eugen Ernst, beleuchtete in seiner Eröffnungsrede die allgemeine politische Situation und verwies auf das Schicksal der preussischen Wahlreform. Die Wahlrechtsgegner haben die Vorlage der Regierung zerstückelt, aber die Regierung erwägt immer noch, was sie gegenüber dieser Provokation tun soll. Das arbeitende Volk kann und will nicht warten. Die Demokratisierung ist eine Lebensnotwendigkeit, die sich das Volk erkämpfen will und muß. Von den Staatsleitern erwarten wir, daß sie so vernünftig sein werden, um es nicht zu schweren Erschütterungen kommen zu lassen. Schlußendlich fragt das Volk, wann der grauhige Krieg endlich zu Ende gehen wird. Wir fordern, daß die Regierung seine Gelegenheiten zum Abschluß eines Verständigungsvertrages vorübergehen lasse. Aber solange die Gegner nicht zu einem solchen Frieden bereit sind, sehen wir zu unserem Volk und unserm Vaterlande. Schwer lasten die Folgen des Krieges auf dem arbeitenden Volk, Belagerungszustand und Zensur unterbinden das öffentliche Leben, eine großartige Agitation für die Partei ist unter diesen Umständen nicht möglich. Dazu kommt die Zerstückelungsarbeit der Unabhängigen, die in unglaublicher Verblendung die einheitliche Kampffront der Partei gebrochen haben. Doch wir hoffen, daß diese Zerstückelungsarbeit an dem gesunden Sinn der Arbeiter scheitern wird. Die in letzter Zeit vollzogenen Wahlen beweisen ja auch, daß die Massen hinter uns, aber nicht hinter den Unabhängigen stehen. Einig und geschlossen muß die Arbeiterklasse dastehen. Der Bruderkampf würde sie zur Ohnmacht verurteilen. Deshalb, Parteigenossen, haltet zusammen, kritisiert, ändert was falsch ist, aber seid einig nach außen. Wir bleiben, was wir von jeher gewesen sind: die proletarische Kampfpartei, die die politische Rechtfertigung und die wirtschaftliche Ausbeutung bekämpft und beseitigen wird. Das sei das Leitmotiv unserer heutigen Beratungen. Den

## Geschäftsbericht des Bezirksvorstandes

erstattet der Bezirkssekretär Theodor Fischer: Es war nicht möglich, zu den dreizehn Tagesfragen Stellung zu nehmen, weil das Oberkommando öffentliche Versammlungen nicht gestattet. Wenn wir öffentlich reden können wie wir wollten, dann würde sich auch zeigen, daß die Anhänger der Unabhängigen bei weitem nicht so zahlreich sind, wie sie es selber darstellen. Die Reichstagswahl in Niederbarnim sollte beweisen, daß die Unabhängigen die Massen hinter sich haben. Doch das Gegenteil hat sich herausgestellt. Auch bei den Stadtdirektorwahlen haben die Unabhängigen nicht die von ihnen erwarteten Erfolge gehabt.

Seit Februar 1917 haben wir die wiederhergestellte Organisation der Partei in den Berliner Wahlkreisen. Von einer großen Aufwärtsbewegung können wir nicht berichten, aber wir haben Fortschritte gemacht. Es mehrten sich die Anzeichen dafür, daß nach und nach eine Klärung und Befundung der Parteiverhältnisse eintritt. Ende März 1917 hatten wir in den 8 Groß-Berliner Wahlkreisen 6475 Mitglieder, darunter 1788 Frauen. Im März 1918 war die Mitgliederzahl auf 7384, darunter 1972 Frauen, gestiegen. Das ist ein Mehr von 909 Mitgliedern, darunter 188 Frauen, im ersten Jahre unserer Organisation. Unsere Parteigenossen, die im Felde stehen, führen wir nicht in den Mitgliederverzeichnissen. Die Einnahmen der Wahlvereine betragen 85 806,26 M., die Ausgaben 69 968,96 M., der Bestand 16 437,90 M. Die Erhöhung des Beitrages hat keine nennenswerten Einwendungen gefunden.

Zur Erledigung der Geschäfte hielt der Bezirksvorstand 30 Sitzungen ab. Seit dem 1. Mai ist das Bezirkssekretariat wieder eröffnet. Wir haben versucht, durch Verwendung eines Feldpostbriefes an die Vorkämpfer im Boffentod die Verbindung mit den Genossen im Felde wiederherzustellen. Das Oberkommando hat die weitere Verbreitung unseres Feldpostbriefes verboten. Nur 8189 Exemplare konnten wir vor dem Verbot verbreiten. Daraus erhielten wir 2002 Antworten von 1567 Genossen aus Groß-Berlin und 1895 Genossen aus anderen Bezirken. Die Antworten berechnen zu der Hoffnung, daß unsere Partei nach dem Ende des Krieges eine bedeutende Verstärkung erfahren wird. Die durch Hinweise im „Vorkämpfer“ betriebene Agitation hat uns 1030 Anmeldungen gebracht. Wir haben im Laufe des Jahres 34 000 Broschüren und 229 000 Flugblätter (ohne die Wahlflugblätter) verbreitet. Da die Versammlungsfreiheit eingeschränkt ist, veranstaltete der Bezirksvorstand drei Konferenzen der Funktionäre zur Information über die wichtigsten Vorgänge. In unserem Bezirk verfügen wir gegenwärtig über 4 Reichstags-, 4 Landtags-, 130 Stadtdirektorien- und 148 Gemeindevorstandmandate. — Mit der Entwicklung der Presse können wir zufrieden sein. Der „Vorkämpfer“ ist unter der neuen Redaktion geworden, was er sein muß; das führende Organ der Sozialdemokratie. Der Wohlwot hat seine Wirkung vollständig verfehlt. Die Adressenliste hat sich im Laufe des Jahres um 42 000 vermehrt. Auch die Zahl der Feldpostabonnenten nimmt von Woche zu Woche zu, ebenso die Verbreitung des Blattes im Straßenhandel. — Der Bezirksvorstand hat sich die Reubelegung der Frauenbewegung und den Wiederaufbau der durch die Parteimitglieder zerstörten Jugendbewegung angelegen sein lassen. Diese ist auf eine neue Grundlage gestellt. Auch auf diesem Gebiet sind die Reduiten unter den gegenwärtigen Verhältnissen schwierig, aber sie berechtigen zu guten Hoffnungen für die Zukunft.

Im allgemeinen können wir sagen, das Ergebnis unserer Mitgliederbewegung ist nicht ganz befriedigend. Wir müssen in diesem

Jahre größere Erfolge herbeiführen, um unsere Organisation so stark zu machen, daß sie die Aufgaben, welche die Zukunft und stellt, erfüllen kann.

Nachdem die Versammlung dem Kassierer Entlastung erteilt hatte, wurde die

## Wahlwahl des Bezirksvorstandes

vollzogen, die folgendes Ergebnis hatte: Vorsitzende: Eugen Ernst und Franz Krüger (Rüpend), Kassierer: Theodor Fischer, Schriftführer: Hugo Kochsch. Vertreter der Wahlkreise Berlin I: Franz Ducht, Max Volzmann, Berlin II: Heinrich Schröder, Julius Jänide, Berlin III: August Pahl, Georg Felsmann, Berlin IV: Karl Klingner, Wilhelm Mann, Berlin V: Leonhard Buch, Albert Dahnisch, Berlin VI: Hermann Rieb, Heinrich Umlauf, Teltow-Bezirk: Alex Pagel, Alex Stiefenhofer, Bruno Fiedler, Johannes Schneider, Niederbarnim: Hermann Müller, Franz Schlemminger; Vertretung der Frauen: Friede Rhned, Helene Schmitz; Reditoren: Gustav Schmidt, Hermann Wehner, Emil Böske, Paul Kaganke, August Sellin; Propagandist: August Fäckerow, Friß Runge, Julius Meyer, Emil Dittmer, August Schmalh, Adolf Ritter, Michael Kahner, Karl Schrader, Hermann Duhnsfleisch, Hermann Lesser, Otto Franz, Kurt Seyne, Friß Wolf, Reinhold Rüter, Albert Müller, Otto Wisbach. — Ueber das

## Aktionsprogramm der Partei

sprach Genosse Gansow. Er erläuterte und begründete die einzelnen Forderungen und bemerkte, daß das Programm im allgemeinen die Zustimmung der Parteigenossen gefunden habe. Wenn einige Spezialfragen darin vermischt wurden, so sei zu bedenken, daß Spezialfragen nicht in das allgemeine Programm gehören, sondern in einem noch dem Kreise unter Mitwirkung von Sachverständigen aufzustellenden Spezialprogramm behandelt werden können. Ein Programm der Neuorientierung, wie es von manchen Seiten gefordert werde, könne jetzt nicht aufgestellt werden, denn man wisse ja nicht, wie sich die Neuorientierung gestalten werde. Auch hinsichtlich der Agrarfrage könne im Programm noch nichts festgelegt werden, denn da werden wir nach dem Kriege mit anderen Verhältnissen als bisher zu rechnen haben. Dasselbe gelte hinsichtlich der Kolonialfrage. Erst wenn sich die Weltlage nach dem Kriege geklärt habe, könnten diese Spezialfragen erledigt werden. — Ueber die Wahlrechtsfrage in Preußen

sprach Genosse Parnitz. Er gab eine Uebersicht über die parlamentarische Behandlung der Wahlrechtsfrage, ihre jetzige Gestalt nach den Beschlüssen der fünften Session, und betonte, daß wir die Aufhebung des Landtages verlangen, damit das Volk seinen Willen bekunden kann. Man wisse zwar noch nichts sicheres über das weitere Schicksal der Vorlage, aber es sei Grund zu der Annahme vorhanden, daß die Regierung im Herbst den Landtag auflösen werde. Wir müßten uns also auf Neuwahlen vorbereiten. Der einzig maßgebende Gesichtspunkt im Wahlkampf müsse der sein: Alle Kreise des gleichen Wahlrechts zu gemeinsamem Kampf gegen die Wahlrechtsfeinde zu sammeln. Was sonst die Parteien trennt, müsse für diesen Wahlkampf unberücksichtigt bleiben. Unter dieser Voraussetzung werde es gelingen, eine sichere Mehrheit für das gleiche Wahlrecht zustande zu bringen und damit endlich ein freies Wahlrecht in Preußen zu schaffen.

## Der Bezirkstag schloß mit der Annahme folgender

### Resolution zur Wahlrechtsfrage:

„Der Bezirkstag brandmarkt aufs schärfste die Art und Weise, in der die reaktionäre Mehrheit des preussischen Dreiklassenparlamentes mit der Wahlreform Schindluder gespielt hat. Er vermag in den Beschlüssen dieses Parlamentes nichts anderes zu erkennen als eine freche Verhöhnung des preussischen Volkes, das seit nunmehr vier Jahren die schwersten Opfer an Gut und Blut für Preußen und Deutschland geleistet hat. Indem der Bezirkstag die bekannten sozialdemokratischen Wahlrechtsforderungen reslos aufrecht erhält, erklärt er, daß die Annahme der Regierungsvorlage das Allermindeste beweisen wäre, was als Abschlagszahlung auf diese Forderungen hätte erfolgen müssen.“

Der Bezirkstag bedauert auf das lebhafteste, daß die Regierung vor den Wahlrechtsfeinden Schritt für Schritt zurückgewichen ist und daß sie sich nicht schon längst zu einer Aufhebung des Abgeordnetenhauses und einem Appell an das Volk selbst entschlossen hat. Die jetzt angekündigte Oinauszögerung der Auflösung bis zum Spätherbst hält der Bezirkstag für einen schweren politischen Fehler.

Der Bezirkstag erklärt es für geboten, bei den im Herbst bevorstehenden Neuwahlen auf ein Zusammengehen aller Freunde des gleichen Wahlrechts hinzuwirken, unbeschadet der sonst zwischen diesen Parteien bestehenden Gegensätze. Er fordert die in Betracht kommenden Instanzen auf, möglich bald nach dieser Richtung hin die vorbereitenden Schritte zu tun. Pflicht der Parteigenossen aller Wahlkreise des Bezirks ist es, ungeachtet aller Vorbereitungen für den Wahlrechtskampf zu treffen, dessen einziges Ziel die Niederwerfung der Wahlrechtsfeinde und der Sieg des gleichen Wahlrechts sein muß.

Zur wirksamen Vorbereitung des Wahlkampfes fordert der Bezirkstag die sofortige Freilassung der Besprechung der Wahlrechtsfrage in öffentlichen Versammlungen im ganzen Gebiete des preussischen Staates.“

Damit war die Tagesordnung erledigt. Der Vorsitzende Eugen Ernst schloß den Bezirkstag mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie.

## Bernsteins Fehlschüsse.

Seit Wochen greift Eduard Bernstein in endlosen Artikeln der Presse der „Unabhängigen“ die Steuerpolitik der sozialdemokratischen Fraktion an. Nachdem ich nun in meinem Aufsatz über die Protestbewegung der Börsenleute mit wenigen Zeilen diese Angriffe, soweit sie sich auf die Wärsenbesteuerung beziehen, gekennzeichnet habe, kommt Bernstein mit einer umfangreichen Erwidrerung über seine Haltung zur — Warenumsatz- und Zugusssteuer. Bernstein schießt fehl. Ueber diese Steuern findet er in meinem Artikel keine Silbe. Was ich festgestellt habe, ist folgendes: Bernstein, der nicht müde wird, und der Verlegung der sozialdemokratischen Grundsätze zu beschuldigen, bekämpfte seinerzeit „prinzipiell“ die Lantiensteuer, die von der Fraktionmehrheit unter Beibehaltung genehmigt wurde. Derselbe Bernstein bezogerte aber am 24. April v. J. die von 8 auf 20 Pros. erhöhte Lantiensteuer als nicht stark genug gestaffelt. In der Kommission bezogerte er darauf unseren Antrag auf weitere, und zwar progressive Verschärfung dieser Steuer als „Stämperei“. Bei der Abstimmung aber stimmte er, ohne einen eigenen Antrag zu stellen, für diese „Stämperei“. Um das Bild vollständig zu machen, sei noch hinzugesagt, daß Bernstein im Widerspruch mit seinem Freund Henke die Entscheidung gab für die Freilassung aller Lantien bis zu 5000 M.

Weiter habe ich festgestellt, daß Bernstein am 24. April im Plenum (Protokoll Seite 4783) erklärt hat, seine Fraktion stehe dem Wärsenumsatzsteuerpeil „uninteressiert“ gegenüber, sie werde natürlich „nicht kapitalistischer sein als die Kapitalisten“. Derselbe Bernstein aber, der diese Erklärung in der Kommission einigemal wiederholte, ergriff dann in dem Streit der Kapitalisten untereinander über die Höhe der Steuer Partei

zugunsten jenes Teils der Kapitalisten, der am wenigsten zahlen will. Damit nicht genug greift er uns nun noch an, weil wir seinem praktischen Beispiel nicht folgen, sondern gemäß seiner theoretischen Lösung „nicht kapitalistischer sind wie die Kapitalisten“. Das sind die Tatsachen, an denen kein Verlegenheitsgerede etwas ändert.

Damit der Humor nicht fehle, sucht Bernstein unsere Haltung zu diskreditieren mit dem Hinweis darauf, daß Konfessionelle und Bauernbändler mit uns gestimmt hätten, an seiner Seite aber „Leute wie Gothein und Waldstein“ ständen. Tatsache ist, daß Mitglieder sämtlicher bürgerlicher Parteien mit Ausnahme der Fortschrittler gleich uns für die Erhöhung des Aktienumsatzsteuersatzes gestimmt haben. Erinnert sich denn aber Bernstein nicht an die Abstimmung über die Kriegsgewinnsteuer, als er Arm in Arm mit Männern wie Heubrand und Westarp gegen den ganzen übrigen Reichstag marschierte?

Nach diesen wenigen Stichproben aus dem reichen Material über Bernsteins Steuerpolitik möge der Leser beurteilen, wie verurteilt er ist, die Steuerpolitik der sozialdemokratischen Fraktion vollständig anzugehen.

Berlin, 7. Juli 1918.

Wilhelm Reil.

Ein amerikanischer Transporter versinkt. Amsterd., 7. Juli. Renter meldet aus Washington: Das Marineministerium teilt mit, daß der Transportdampfer Covington (16 830 T.), der ehemalige Postdampfer Cincinnati von der Hamburg-Amerika-Linie, auf der Heimreise nach den Vereinigten Staaten in der Montagnacht in der Kriegszone in Grund gebohrt worden ist. Sechs Mitglieder der Besatzung werden vermisst. Es befanden sich keine Passagiere an Bord. Man hat an Bord kein U-Boot zu sehen bekommen.

Die neuen „Wäcker“- und Doppelfahrweise haben sich zwar schnell eingebürgert, sie geben aber Tag für Tag Anlaß zu Auseinandersetzungen zwischen Schaffnern und Fahrgästen. Bei den für acht Fahrten berechneten Karten kommt es öfter vor, daß beim Ziehen ein Feld überschlagen wird. Die Direktion hat zwar bestimmt, daß ein solches überschlagenes Feld für eine spätere Fahrt benutzt werden kann, sofern nicht das achte, also letzte Feld schon gelocht ist, der von dem Wäcker betroffene Fahrgast aber traut in der Regel der Sache nicht und stellt das Fahrpersonal in mehr oder weniger energischer Weise zur Rede. Der Beamte aber, was ja die Regel ist, die Beamtin, beruft sich auf den alten Erfahrungssatz, daß Irrtum mensüchlich ist, oder stellt die Gegenfrage: „Sie haben sich wohl noch nie geirrt?“, der Fahrgast aber beruhigt sich dabei nicht, weil er auf Grund von Erfahrungen bei ähnlichen Gelegenheiten befürchtet, daß der ihm ja noch gänzlich unbekannt Schaffner bei der nächsten Fahrt sich auf nichts einläßt. Der Fahrgast besteht darauf, das „richtig gekloppt“ wird, und gibt sich erst nachdringlichen Zusicherungen, wenn der Beamte ihm etwas „hinten drauf“ schreibt.

Noch häufiger und auch unangenehmer sind beschwerte Lokungen auf den Doppelfahrweisen. Letztere gelten zur zweiten Fahrt nur am Tage der Lösung und den nächstfolgenden Tag. Der Sonntag zählt jedoch nicht als Werktag. Bei der Lösung wird eine dem Datum entsprechende Zahl gelocht. Dabei kommt es, zumal in den Hauptverkehrsstunden, häufig vor, daß der Beamte „daneben“ knippt. So erlebt man als ständiger Benutzer der Straßenbahn es immer wieder, daß jemand die Doppelfarte zurückgekehrt bekommt mit der Bemerkung: „Der Schein ist nicht mehr gültig; den müßten Sie gestern benutzen“. — „Den Schein habe ich gestern erst gelocht“, oder: „Den Schein habe ich eben erst erworben; ich bin gerade aus der 64 umgestiegen“, oder ähnlich lautet zumeist die Antwort. Der männliche oder weibliche Schaffner besteht darauf, daß der Schein verfallen ist und verlangt Erwerbung eines neuen. Der Fahrgast ist empört, daß er zweimal für eine Fahrt bezahlen soll, und so entstehen die erregtesten Zwiesprünge, an denen sich oft andere Fahrgäste beteiligen, um gegen das Personal Partei zu nehmen. Das letztere aber beruft sich darauf, daß es sich eine empfindliche Bestrafung zuzieht, wenn der Kontrolleur einen Fahrgast mit solchem unglütigen Willen antrifft, und so muß der Fahrgast zahlen oder absteigen. Es bleibt ihm nichts übrig, als einen Schreibebrief an die Direktion unter Verfassung des Scheines und der Angabe von Zeit und Linie zu senden, um Verlust und Auslagen ersetzt zu bekommen. Die meisten machen sich natürlich diese Arbeit. Es empfiehlt sich, nach dem Wäcker jedesmal sofort nachzugehen, ob bei den Doppelfahrweisen das Datum richtig gelocht ist. Im übrigen aber laßt man sich bei den Auseinandersetzungen mit dem Personal nicht zu Kränkungen hinreißen. Die Angestellten haben einen schweren Dienst, leiden wie wir alle körperlich und seelisch unter den Wäcker und Schreden der Kriegszeit und können sich in der Tat wirklich „mal“ irren.

Auch in einem anderen Punkte empfiehlt es sich im Allgemeininteresse, die Schaffner zu unterstützen: Es ist unglücklich, wie humbugmäßig ein großer Teil der Fahrgäste sich dem Gebot, weiter nach vorn zu rücken, passiv widersetzt. Besonders Damen bleiben wie angezogen in der Mittelgange stehen, statt auszurücken, damit die draussen an der Haltestelle wohnöglich im Unwetter Harrenden, vielfach erkrankten Witmenschen auch heimfahren können. Die Schaffner verlieren bisweilen die Luft, immer wieder mit nur unglütendem Erfolg zum voranrücken aufzufordern und weisen leider dann unbegründeterweise Fahrgäste mit einem barten „Besehl“ zurück. Das ist Unrecht, denn dieses „immer wieder“ zu wiederholende Verlangen, gehört zu den natürlichen Obliegenheiten des Schaffnerberufes. Man soll aber auch als Unbegünstigter sich durchaus nicht scheuen, Unausmerksamkeit oder Vöswilligkeit zum Weitergehen aufzufordern, wenn nötig sogar mit höflichem Nachdruck. In den jetzigen Zeiten der Mängel und Bescheide können wir nur zurecht kommen, wenn jeder auf den andern Rücksicht nimmt und der eine dem andern hilft.

## Die Mifstände in der Groß-Berliner Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung.

Der Sachauschuss des Bürgerausschusses Groß-Berlin für die technischen Betriebe hat am 4. Juli unter dem Vorsitz von Karl Friedrich von Siemens eine Sitzung abgehalten. An der Aussprache beteiligten sich u. a. die Herren: Coning, Direktor der Berliner Stadt-Elektrizitätswerke, Prof. Dr. Klingenberg, Dir. der A. G. B., Kempelius, Dir. der Centrale für Gasverwertung, Prof. Katschok, Vorsitzender des Vereins deutscher Ingenieure. Sämtliche Redner waren sich darin einig, daß auf den Gebieten der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung und der Kanalisation in Groß-Berlin schwere Mifstände bestehen, die in dem Mangel einer einheitlichen Gemeindeorganisation ihre Ursachen haben. Das wurde durch eine Anzahl Beispiele schlagend bewiesen. Es wurde beifolgende, Verichte über die Verhältnisse auf den einzelnen Fachgebieten anzuarbeiten, die, gestützt auf bereite Beispiele, beweisen, wie viele Nachteile für Groß-Berlin aus der bestehenden Zerstückelung der Gemeindeverwaltung entstehen und die gleichzeitig positive Vorschläge zur Verbesserung bieten sollen. Die Verichte werden in den Belegungen des Bürgerausschusses für die Neuordnung der Groß-Berliner Gemeindeverwaltung verarbeitet werden. Prof. Dr. Klingenberg hat das Referat über die Elektrizitäts- und -versorgung in Groß-Berlin übernommen.

## Der Wassermangel in Adlershof, Alt-Glienide und Grünau.

über den in den letzten Wochen lebhaft geklagt wurde, beschäftigt den Verbandsauschuss des für diese Gemeinden eingerichteten Wasserabgabeverbandes. Der Wassermangel ist dadurch entstanden, daß der an das Verbandswasserwerk angegliederte Flugplatz Adlershof-Johannisthal im Durchschnitt die Hälfte der gesamten Fördermenge verbraucht hat. Es wurde beschlossen, daß dem Flugplatz für die Dauer des Wassermangels und bis zur Erweiterung des Verbandswasserwerks gestattet wird, sich vorläufig auszufüllen und an das Charlottenburger Wasserwerk anzuschließen. Gleichzeitig wurde beschlossen, die Erweiterung des Verbandswasserwerks sofort in Angriff zu nehmen und die erforderlichen Vorarbeiten mit tütlichster Beschleunigung in die Wege zu leiten. Mit dem Oberkommando und den zuständigen militärischen Stellen in Adlershof sind bereits Verhandlungen eingeleitet, damit der Anschluß des Flugplatzes an die Charlottenburger Wasserwerke mit größter Eile eingeleitet wird. Durch diese vorläufige Ausfüllung des Flugplatzes dürfte der Wassermangel in den beteiligten Gemeinden völlig behoben werden.

## Zur Kohlenversorgung.

Aus unserem Leserkreis wird uns geschrieben: „Als die Auslegung der Kohlenkundenlisten Anfang März dieses Jahres begann, erklärten die Kohlenhändler bereits am ersten Tage, daß sie weitere Kunden nicht aufnehmen könnten, die Listen seien geschlossen. Zu den von der Eintragung ausgeschlossenen gehörte auch ich nebst einer Anzahl Hausbewohner. Wir wohnen Südosten, tröy aller Nähe war es und nicht möglich bei einem Kohlenhändler in unserer Umgebung eingetragen zu werden. Da, in der höchsten Not, wurde in unserem Hause sowie im Süden und Südosten ein gedrucktes Formular verbreitet. In diesem Formular forderte die Firma Berger u. Kulp, Schöneberger Ufer 4, die Einwohner auf, die Eintragung in die Kundenliste bei ihr vorzunehmen, da sie als Kohlenhändler in der Lage sei, alle Kunden mit Kohlen zu beliefern. Es wurde in Aussicht gestellt, daß, falls in einem Hause eine größere Anzahl von Bestellungen erfolgt, die Lieferung der



Kohlen frei ins Haus kauft werden sollte, eventuell sollte nur ein geringer Aufschlag genommen werden. Dem Zirkular folgte ein Stadtreisender, der gleich die Anmeldungen an sich nahm und mündlich wiederholte, daß die Firma die Kohlen ins Haus liefern würde. Als jetzt der Kohlenverhandlung täglich immer dringender zur Abnahme der Kohlen aufforderte, wandten wir uns telefonisch an die Firma und fragten an, ob wir Hausbewohner die Kohlen erhalten könnten. Darauf wurde erwidert, daß es unmöglich sei, die Kohlen ins Haus zu liefern, daß aber jeden Vormittag Verkauf stattfinden und wir die Kohlen abholen könnten. Da die Mehrzahl der Frauen im Haus einem Erwerb nachgehen müssen, baten wir, uns doch die Kohlen nachmittags abholen zu lassen. Dieses wurde zugesagt. Als wir nun am 4. d. M. nachmittags gegen 8 Uhr auf dem Kohlenplatz erschienen, wurde uns bedeutet, daß der Verkauf nur bis 1 Uhr sei, Ausnahmen auf keinen Fall gemacht würden. Auf unsere Einwendungen, daß wir doch die Kohlen erhalten hätten und im Vertrauen darauf Pferd und Wagen in Anspruch genommen hätten, wurde uns erklärt: kommen Sie vormittags. Dabei lagen Tausende von Rentnern Kohlen auf dem Platz. Wir haben also nicht bloß nutzlos unsere Arbeitszeit veräußert, sondern auch noch die Unkosten für das Fuhrwerk gehabt.

Kann eine Firma rückwärtslos handeln, als es hier geschehen ist? Unsere Kundenlistennummer ist über 4000, wieviel Kunden mag es so geben, die gleich uns auf das Versprechen der Firma hingefallen sind. Aber abgesehen davon, warum erklärt man uns erst, wir können die Kohlen nachmittags erhalten, um uns dann mit dem Fuhrwerk wieder nach Hause fahren zu lassen? Unsere Wohnung befindet sich eine Stunde vom Kohlenplatz entfernt, wir können daher unmöglich — abgesehen davon, daß wir nicht häufig von der Arbeit fehlen können — alle Vormittage mit einem kleinen Wagen nach dem Platz fahren. Ein Fuhrwerk aber für die ganze Zeit zu nehmen — es dauert stundenlang, bis wir abgefordert werden — ist uns der Kohlen wegen unmöglich.

Nach ein! Als wir wie die betrübten Lohrgerber dastanden, gefielte sich auf dem Platze ein Herr zu uns, der da erklärte, er könne uns die Kohlen zuführen, doch müßten wir — er will es billig machen, da wir arme Frauen seien — 1 M. 50 Pf. für den Rentner Fuhrgeld zahlen. Kennt die Kohlenfirma dieses Vorgehen oder geschieht es gar mit ihrem Willen?

Soweit die Fuhrkraft. Wir möchten die Kohlenstelle Groß-Berlin erfragen, den in der Fuhrkraft geschilderten Verhältnissen ihr Augenmerk zuzuwenden und die Kohlenhändler anzuweisen, den Verkauf in den ganzen Tagesstunden vorzunehmen. Nur dadurch wird den arbeitenden Frauen auch die Möglichkeit gegeben, ihren Kohlenbedarf decken zu können.

### Welche Lebensmittelkarten sind auf die Reise mitzunehmen?

Für die jetzt beginnende Reisezeit ist es von Wert mitzuteilen, welche Lebensmittelkarten auf die Reise mitgenommen werden dürfen und welche an den Verkehrsmitteln abzugeben sind. Hierüber gilt folgendes: Es dürfen mitgenommen werden die Reichsreisekarte, die Reisebrotmarken und die Seifenkarte. Die Zuckerkarte darf behalten und der Zucker hierauf in der Wohnortgemeinde entnommen werden. Davort der Reiseaufenthalt aber länger als vier Wochen, so muß die Zuckerkarte gegen eine Zuckerrückkaufkarte eingetauscht werden. Alle übrigen Lebensmittelkarten müssen abgegeben werden. Nur wenn die Reisenden von dem Gemeindevorstand des neuen Aufenthaltsorts eine Bescheinigung beibringen, daß sie dort mit Lebensmitteln nicht versorgt werden und keine Möglichkeit haben,

sich mit Verpflegung einzuarbeiten, darf ihnen die Groß-Berliner Lebensmittelkarte und die örtliche Lebensmittel- oder Haushaltkarte belassen werden. Den Geschäftsleuten ist es streng verboten, von Berechtigten die Karten abzunehmen und ihnen Lebensmittel bis zur Rückkehr aufzubewahren.

**Charlottenburg.** Zur Beschleunigung der Ausführung von Desinfektionen in dringenden Fällen empfiehlt es sich, sie bei der Charlottenburger häuslichen Desinfektionsanstalt (Amt Wilhelm 427) unmittelbar zu beantragen, ohne die polizeiliche Anzeige bei dieser abzuwarten. Bei Interesse der Angehörigen des Kranken oder des Toten wird dadurch viel an Zeit gespart. Die polizeiliche Mitteilung dient der Anstalt nur zur Entscheidung über die Gebührenpflicht.

**Weißensee, Lebensmittel.** Vom 8. bis 13. Juli d. J. wird in der Verkaufsstelle Viktorstr. 24 der Verkauf von Gerichten fortgesetzt. Als Ausweis sind die allgemeinen Lebensmittelkarten vorzulegen. Auf jede der einzelnen aufgeführten Karten wird 1/2 Pfund Salzheringe verabfolgt. 1 Pfund kostet 1,20 M. Vom 8. bis 11. Juli d. J. können in der Verkaufsstelle Caseler Straße 2 für Kinder im Alter bis zu 2 Jahren die auf sie entfallenden 500 Gramm Nahrungsmittel (Zwieback oder Kindergerstemehl) entnommen werden. Bei der Entnahme eines der vorbezeichneten Nahrungsmittel ist in allen Fällen als Ausweis die über 1 Meter laufende Vollmilchkarte vorzulegen. 500 Gramm Zwieback kosten 2 M., 500 Gramm Kindergerstemehl 0,78 M.

An der Woche vom 8. bis 14. Juli d. J. werden als Ersatz für die auf die Abchnitte 115d bis 115g der Kartoffelkarte entfallenden 4 Pfund Kartoffeln insgesamt 400 Gramm Hülsenfrüchte an die Inhaber der Kartoffelkarte verabfolgt. Für den Fall, daß Kartoffeln auf die Abchnitte 115a bis 115c gleichfalls nicht verabfolgt werden können, entfallen für jedes nicht erhaltene Pfund Kartoffeln weitere 100 Gramm, gegebenen Falles also zusammen 300 Gramm Hülsenfrüchte. Es ist ferner möglich gewesen, für die in der Woche vom 10. bis 16. Juni d. J. ausgebliebenen Kartoffeln nachträglich noch 100 Gramm Hülsenfrüchte zu beschaffen, die jetzt auf Abchnitt 115g mit entnommen werden können. Es entfallen somit möglicherweise auf die Abchnitte 115a bis 115g insgesamt 800 Gramm Rohmittel. Ihre Entnahme muß in dem Geschäft stattfinden, in welchem der Inhaber der Kartoffelkarte auf Grund der Lebensmittelkarte sich zum Bezug von Nahrungsmitteln angemeldet hat. Neben der Kartoffelkarte ist deshalb auch die allgemeine Lebensmittelkarte vorzulegen.

**Hagenbecks Raubtierpark.** Das bekannte Unternehmen hat auch während des Krieges seinen alten guten Ruf bewahrt. Die stark besuchte Eröffnungsvorstellung am Sonnabend im eigenen Parkbau Weierstraße Ecke Grützkirchstraße in Neukölln hat ein außerordentlich reichhaltiges, auf der Höhe zirkonischer Kunst stehendes Programm. Eine Anzahl Tiger, Löwen und Wären vollführten ganz erstaunliche Leistungen. Viel Spaß machte der Volkshub laufende und Purzelbaum schlagende Jostelbar. Auch als Reittier auf dem Jweirod nahm sich „Reddy“ recht gut aus. Zum Schluß legten 5 Reiterarbeitsleistungen interessante Kraftproben ab. Mit Leichtigkeit trug einer der Reiter einen starken Baumstamm oder einen 7 1/2 Zentner schweren Stein. Auch die übrigen Programmnummern, darunter akrobatische Glanzleistungen, türkische Spiele, bulgarische Nationaltänze usw., kann man nur lobend hervorheben. Die Spahmacher Nohn und Holz sorgten für die nötige humoristische Abwechslung, so daß wohl jeder Besucher des Unternehmens auf seine Rechnung kam.

**Radrennen in Treptow.** Den Ausgangspunkt des gestrigen Rennprogramms bildete eine Herausforderung Panofes an seinen Zwillingen im „Memento 1914“, Bauer, zu einem Dauerrennen über zehn Meilen. Als weitere Teilnehmer zu diesem langen Rennen waren Wittig und Biowocall verpflichtet. Leider war aber Bawle auch gestern wieder von Unglück verfolgt. Schon kurz nach dem zehnten Kilometer wurde er infolge Ventilangenschlusses von einem böse aussehenden Sturz heimgesucht. An Reinen und Schultern stark geschunden, nahm Bawle das Rennen zwar gleich wieder auf, fiel aber dann durch zweimaligen Radwechsel soweit zurück, daß er für den Ausgang des Rennens nicht mehr in Frage kam. Auch Bauer mußte einmal sein Rad wechseln und ließ zudem zu seiner gemachten Form nicht auf, wodurch er sich von Wittig als geschlagen erkennen mußte. Zwei vorausgegangene 15-Kilometerrennen entbehrten jedes sportlichen Reizes und auch die Ritzgerrennen büßten durch das Fernbleiben von Ritt und Lorenz viel an Interesse ein.

**Ergebnisse:** 15-Kilometerrennen: 1. Hoffmann 13 Min. 57 Sek., 2. Kowjokat 1040 Meter zurück; 500 Meter: 1. Brodmüller (90) 1 Min. 8 Sek., 2. Dahnke (60), 3. Freiwald (55), 4. Reinard (60) (Reiter Vorgabe). — 15-Kilometerrennen: 1. Ledner 14 Min. 14 Sek., 2. Kuschow 1590 Meter zurück, 3. Tschaff weit zurück. — Hauptfahren für Klasse 2, 000 Meter: 1. Schrage 1 Min. 40 Sek., 2. Abraham, 3. Hubel, 4. Tadelwald, 5. Häufeler (gestürzt). — 10-Kilometerrennen: 1. Dahnke 14 Min. 10 Sek., 2. Petri, 3. Hubel, 4. Abraham. — Zehn Meilen: 1. Wittig 1 Std. 10 Min. 5 Sek., 2. Bauer 3300, 3. Biowocall 3910 Meter zurück, 4. Panke weit zurück.

**Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Dienstag mittags.** Teilweise heiter, jedoch kühl und veränderlich mit meist geringen nur in östlichen Küstengebietern etwas stärkeren Regenfällen.

## Aus aller Welt.

**Neue Blatternimpfung in Frankreich.** Ein Dekret der französischen Regierung vom letzten Sonntag verpflichtet sämtliche Staatsbeamte und Angestellte, sich einer neuen Blatternimpfung zu unterwerfen.

**Auf der Jagdpiste verunglückt.** München, 7. Juli. Eine Partie von 6 Personen, die eine Tour auf die Jagdpiste unternahm, ist tödlich verunglückt. Bis jetzt sind 3 Leichen geborgen. Unter den Verunglückten befindet sich ein Ehepaar Drechsler aus Dresden und ein Leutnant Blächer mit seiner Frau. Die Touristen hatten die Versteigung der Jagdpiste trotz schlechter Witterungsverhältnisse und eindringlicher Warnungen unternommen.

**Verstuchte Bestattung.** Die Strafkammer Torgau verhandelte auf Anzeige des Vereins gegen das Verschickungswesen, Eiß Berlin, gegen die Heereslieferantin Frau Editha Herrmann, geb. von Köller-Banner, in Berlin. Die Angeklagte bemühte sich um eine Lebensmittellieferung für das Artilleriebataillon Torgau und bot dem Oberfeuerwerker, der den Einkauf veranfaß, erfolglos die Hälfte ihres Verdienstes an. Das Gericht verurteilte die Angeklagte wegen Verschwendung zu 300 M. Geldstrafe.

**Reisebericht.** Dr. Anna Fieberich, Berlin-Neidenau, für 3. Berlin, Teil des 1. Heftes: Alfred Engel, Reichenberg, für Angerem: Doctor Wacker, Berlin, Verlag: Hermann-Berlin G. m. b. H., Berlin, Druck: Hermann-Berlin-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., in Berlin, Lindenstraße 3.

# Wanzen und Motten mit Brut

werden radikal vernichtet durch Wanzentod Pfeifferol in Flaschen zu 4,50 M., 3,— M., 1,75 M. und 1,— M. und Mottentod Pfeifferol (50 Pf.) überall zu haben. Herr Paul Kades, Drogerie, Curmstraße 43, schreibt: „Ihr Wanzentod Pfeifferol ist vorzüglich, ein Kunde empfiehlt Ihr Präparat immer dem anderen“.

**Theater Königgräfer Str.**  
8 Uhr: Die fünf Frankfurter.  
**Komödienhaus**  
8 Uhr: Die Schwestern und der Fremde.  
**Berliner Theater**  
7 1/2 U.: Blutzblaues Blut.

**Admiralspalast.**  
Die Prinzessin von Trapani  
Sajdah  
Deutsche Tänze  
7 1/2, Uhr, 2, 3, 4, 5, 6 M.

**DER „HIAS“**  
Täglich 7 1/2 Uhr abends  
Jeden Mittwoch Familien- u. Schülervorstellung zu kl. Preisen  
**Walhalla-Theater**  
Weinbergsweg

**Zähne m. echt. Friedenskautschuk 3,50 M.**  
5 Jahre Garantie. Zahnziehen m. Betäubung bei Befüllung u. Gebissen gratis. Goldkrone u. 20 M. an. Spez. Zähne ohne Zahnpraxis Katvani, Danziger Straße 1 (Gartenpl.)

**NEUKOELLN**  
Platz Ecke Weserstraße und Rütlistraße  
5 Minuten vom Hermannplatz.  
**Nur bis 15. Juli**  
Heute abends um 7 3/4 das große Programm  
**CIRCUS- und RAUBTIER-DRESSUR-SCHAU WILHELM HAGENBECK**  
Täglich Abendvorstellung um 7 1/2 Uhr.  
Mittwoch, Sonnabend, Sonntag je 2 Vorstellungen, am 8 1/2, und 7 1/2 Uhr.  
Vorverkauf: Hagenbeck-Kasse und Warenhaus Joseph & Cie., Neukölln, Telephon 2105.

**Deutscher Bauarbeiter-Verband.**  
Bezirk Gesundbrunnen.  
Am 3. Juli nach unser Mitteil, der Hilfsarbeiter  
**Fritz Gronert.**  
Die Beerdigung findet am 10. Juli, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Städtischen Friedhof im Dach statt.

**Bezirk SW.**  
Am 4. Juli nach unser Mitteil, der Maurer  
**Julius Arandt.**  
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 9. Juli, nachmittags 4 Uhr auf dem Dreifaltigkeitshof in der Bergmannstraße statt.  
Ohne ihrem Ansehen!  
Ihre rege Beteiligung erlucht  
Die örtliche Verwaltung.

**Lombard-Haus**  
H. Graff, Leipzigerstr. 75 II  
Volle normale Belebung  
Diskretion, Reliabilität, Gelegentlichkeit, Uhren, Brillanten, Schmucksachen  
10—50%, unt. Ladenpr.  
Zeitung 1908

**Hautjucken**  
(Krätze) wirksames Spezialmittel  
6 M. Dopp. Pflanzchen (2 Pfl.) 10 M.  
Apoth. Lauenstein's Vers. Spremberg L. 44  
  
**Leiterwagen**  
und alle anderen Transporterichte liefert billigst. Groß-Berlin G. Wagner, Cöpenick Str. 71

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Den Mitgl. bedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlosser  
**Fritz Zehmke**  
Graunstraße 10 am 4. Juli gestorben ist.  
Ohne seinem Ansehen!  
Die Beerdigung findet am Montag, den 8. Juli, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Weidenhalle des Friedhofes im Nordend aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
Die Erbenverwaltung.

**Morrhoiden-Mittel**, 1000fach u. 9,50; Prop. 10ct. Apoth. Lauenstein's Vers. Spremberg L. 44.

**Erdarbeiter**  
für Heeresarbeiten  
Ist sofort 25615\*  
Sauerland, Leonhard Moll, München-Berlin.  
Anmeldungen: Berlin, Grüner Weg 53, haben.

**Mäuse- und Ratten-Plage**  
beseitigt „Mäusefort“ (1,75 M.), „Rattenfort“ (2,— M.). Ein Röhrchen für 20 cm ausreichend. Unschädlich für andere Tiere. 1075L\*

**Wanzen**  
vernichtet radikal „Wanzenfort“, Preis 2,25, 4,25, 7,75 M. Porto und Verpackung 50 Pf.  
Zahlreiche Anerkennungen.  
Apotheker V. Sittig, Berlin W. O., Linkstr. 29.

Sie kaufen gebrauchte **Bindfaden** **Zelluloid-Film-Hartgummi-Wachswalzen-Schallplatten** etc. etc.  
Orbomer G. m. b. H., Georgenkirchstr. 50 (b. Alexanderplatz) Friedrichstr. 45, 9-12 1/2, 2 1/2-6 1/2

**Rotationsarbeiter**  
nur Tagesverdi., gesucht 11642  
Bau- Der Holzmarkt, Straßes.

**Bachsteinmurer**  
gesucht. Gebr. Salomon, Berlin NW, Alt-Neubitt 139.

**Spezialarzt Dr. med. Hasché,**  
Friedrichstr. 90 direkt am Stadtbahnhof.  
Behandl. von Tuberkul., Gicht, Gorn., Frauenleiden, (spez.) chron. Niere, Smergale, kürzeste Behandlung, ohne Verunsicherung, Blutunterstützung, Föhn, Grotte, Teilgattung, Sprechstunden 11 bis 1 und 5-8, Sonnt. 11-1.

**Spezialarzt Dr. med. Laabs**  
beh. schnell, gründl., mögl. schmerzlos u. ohne Verunsicherung. Geschlechtskrankheit, geheime Haut-, Horn-, Frauenleiden, Schwäche, Erprobte Methoden Horn- und Blutunterstützung.  
Königstr. 34/36, Bahnhof Spr. 10-11 u. 5-8, Sonnt. 10-1

**Lehrlinge** können in meiner **Werkzeugmacherei** sofort eingestellt werden. Persönliche Bestimmung in Begleitung der Eltern bei **F. Gaebert, Berlin C 54,** Sophienstr. 22-22a.

**Tüchtige Motoren Schlosser, Reparaturschlosser, Spitzendreher**  
sodort gesucht.  
**Loeb-Werke Aktiengesellschaft,** Berlin-Hohenschönhausen.

**Große Bureauräume**  
Lindenstraße 3  
Vorderhaus 1. Etage  
sofort zu vermieten

werden eingestellt in folgenden Filialen  
Berlin: Markstr. 36. — Lausitzer Platz 14/15. — Lindenstr. 3. Blumenhalterstr. 8, Hof partorra, Wilhelmshavener Str. 45.  
Schöneberg: Meiningen Straße 9.  
Charlottenburg: Seesenheimer Str. 1.  
Tempelhof: Usckermann, Kaiser-Wilhelm-Str. 74.  
Lichtenberg: Wartenberg-Straße 1 und Alt-Boxhagen 56.  
Weißensee: Wasselewski, Berliner Allee 11.  
Borsigwalde: Kienast, Rausch-Str. 10.  
Moldzeit von 11 bis 1 1/2 Uhr und 4 1/2, bis 7 Uhr.